

Wahlen und Wahlbeobachtung in Nigeria, Marz-Mai 2003

Jockers, Heinz; Peters, Ralph-Michael; Rohde, Eckart

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Jockers, H., Peters, R.-M., & Rohde, E. (2003). Wahlen und Wahlbeobachtung in Nigeria, Marz-Mai 2003. *Afrika Spectrum*, 38(1), 79-97. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-106832>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Heinz Jockers / Ralph-Michael Peters / Eckart Rohde

Wahlen und Wahlbeobachtung in Nigeria, März – Mai 2003¹

In stark manipulierten Wahlen ist der bisherige Präsident Olusegun Obasanjo im April 2003 in seinem Amt bestätigt worden. Auch errang seine Partei, die *Peoples Democratic Party* (PDP), unter nicht weniger fragwürdigen Umständen erneut die Mehrheiten in beiden Kammern des nationalen Parlamentes. Zudem konnte die PDP bei den Gouverneurswahlen in den 36 Bundesstaaten ihren Erfolg von 1999 ausbauen.

Das politische Leben Nigerias ist seit der Unabhängigkeit (1.10.1960) von Auseinandersetzungen mit oft bürgerkriegsähnlichem Charakter geprägt. Einer Zivilverwaltung von insgesamt 15 Jahren in vier verschiedenen Republiken stehen 28 Jahre Militärdiktatur unter verschiedenen Generälen gegenüber - darunter der jetzige Präsident Obasanjo (1976-1979) und sein Widersacher Muhammadu Buhari (1983-1985). Zivilgesellschaftliche Strukturen wurden systematisch vor allem unter den beiden letzten Diktatoren Ibrahim Babangida (1985-93) und Sani Abacha (1993-1998) zerstört, nicht selten mit offen repressiver Gewalt. Die Präsidentschafts-, Parlaments- und Gouverneurswahlen 1999, durch die die Rückkehr zu ziviler Herrschaft vollzogen wurden, waren durch massive Wahlfälschungen gekennzeichnet. Die internationale Gemeinschaft erkannte die Wahlen v.a. aus zwei Gründen dennoch an: Zum einen wurde nicht daran gezweifelt, dass Obasanjo aufgrund eines relativ schwachen Gegenkandidaten (Olu Falae) die Wahl in jedem Fall gewonnen hätte, und zum zweiten sollte ein möglichst glatter Übergang von der Militär- zur Zivilherrschaft sichergestellt werden. Aus ähnlichen Gründen akzeptierten letztlich auch Wahlverlierer, Wähler und die politische Öffentlichkeit die Ergebnisse. Während sich einerseits neue politische Spielräume für zivilgesellschaftliche Organisationen, Parteien und Medien öffneten, nahm andererseits die Korruption eher zu:

Der nigerianische Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka beklagte sich in dieser Hinsicht bitter, dass es selbst unter der Militärherrschaft Abachas keine vergleichbaren Korruptionsexzesse

1 Auf offizielle Einladung der nigerianischen Regierung vom 3. Februar 2003 entsandte die Europäische Kommission eine 108köpfige Delegation unter Leitung des niederländischen EU-Parlamentariers Max van den Berg, die *European Union Election Observation Mission Nigeria* (EUEOM-Nigeria), zur Beobachtung der Parlamentswahlen auf nationaler und föderativstaatlicher Ebene sowie der Präsidentschafts- und Gouverneurswahlen. Die Delegation setzte sich aus Länderkontingenten der EU-Mitgliedstaaten (und Norwegen)

gegeben habe. Vier Jahre Zivilregierung haben keines der wesentlichen gesellschaftspolitischen Probleme (ethnisch/religiös geprägte Auseinandersetzungen mit offiziell mehr als 10.000 Toten, die Landvergabe, die verfassungswidrige Einführung der Scharia in einigen Bundesstaaten, Korruption, Kampf gegen die Armut, Abbau der Auslandsverschuldung, Benzinmangel, Reduzierung der Milizen u.a.) lösen können. Nun stand eine neue Wahl an, die schon im Vorfeld durch heftige Auseinandersetzungen mit Eskalationspotential (darunter gezielte politische Morde) gekennzeichnet waren. Wie würden die Wähler auf diese ambivalenten Entwicklungen reagieren? Die Furcht der PDP vor deren Urteil ließ vermuten, dass es bei der Wahl zu großen Manipulationen kommen würde.

Verlauf der Vorwahlperiode

Einen zentralen Konfliktgegenstand hatte im Vorfeld die Frage nach dem zeitlichen Ablauf der Wahlen gebildet. Während die nationale Wahlkommission *Independent Electoral Commission of Nigeria* INEC (unterstützt von Präsident Obasanjo) auf einer Trennung der Wahltermine bestand, sah das vom Bundesparlament im Juni 2002 erlassene novellierte Wahlgesetz die Zusammenlegung aller Wahlgänge auf einen Tag vor. Aufgrund des Schiedsspruchs des High Court von Abuja (Nov. 2002) zugunsten der Wahlkommission absolvierte Nigeria zwischen dem 12. April, dem Termin der ersten Wahlen, und dem 3. Mai, dem Tag der letzten, einen regelrechten Wahlmarathon. Gewählt wurden im einzelnen:

- die Mitglieder der Nationalen Versammlung mit ihren zwei Kammern: 109 Abgeordnete für den Senat und 360 Abgeordnete für das *House of Representatives*. Laut Verfassung vom Mai 1999 entsendet jeder der 36 Bundesstaaten 3 Senatoren in die Nationale Versammlung, die Region der Hauptstadt Abuja (*Federal Capital Territory* / FCT) 1 Senator. Da die Bundesstaaten unterschiedlich groß sind auch im Hinblick auf die Zahl der registrierten Wähler, jedes Mitglied des *House of Representatives* aber eine ähnlich große Zahl von Wählern vertreten soll, entsendet nur im statistischen Mittel jeder Bundesstaat 10 Abgeordnete, tatsächlich variiert die Anzahl der Abgeordneten pro Bundesland jedoch erheblich (größte Bundesstaaten: Lagos und Kano mit 24, kleinster Bundesstaat Bayelsa mit 5 Sitzen). Mit der Wahl dieser beiden Kammern begann am 12. April der Wahlzyklus. Gewählt wurde nach einfachem Mehrheitswahlrecht (*First Pastes The Post-System*).

zusammen. Die Autoren waren eingesetzt als Political Adviser im Core Team (Dr. Heinz Jockers) sowie als Langzeitbeobachter in den Staaten Bauchi, Gombe (Ralph M. Peters) und Kaduna (Dr. Eckart Rohde)

- der Präsident und die Gouverneure der 36 Bundesstaaten (FCT ohne Gouverneur). Um als Präsident gewählt zu werden, muss ein Kandidat nicht nur die relative Mehrheit der Stimmen, sondern mindestens auch 25% in zwei Drittel aller Staaten erhalten. Für Nigeria mit seinen regionalen Gegensätzen, ethnisch-politischen Spannungen und dem früheren Sezessionsversuch Biafras wurde diese Regelung in die Verfassung aufgenommen, um sicherzustellen, dass der Präsident über ein Minimum an landesweitem Rückhalt verfügt. Die gleichen Bedingungen gelten für die Gouverneure der Bundesstaaten, die neben der relativen Mehrheit *mindestens 25% in zweidrittel der Verwaltungsdistrikte, den sogenannten Local Government Areas / LGAs*, erringen müssen. Für diese Wahl war der 19. April festgelegt, der 26. und der 29. April wurden für mögliche Stichwahlen reserviert, zu denen es jedoch nicht kam.
- die letzte Wahl war für den 3. Mai anberaumt, nun um die Abgeordneten für die Parlamente der 36 Bundesstaaten zu wählen (je nach Staat zwischen 24 und 40 Abgeordnete). Die insgesamt 990 Abgeordneten werden mit einfacher Mehrheit in *Single Member Constitutencies* (nicht deckungsgleich mit den *House of Representatives*-Wahlkreisen) gewählt.

Die Organisation der Wahl

Die Wahlkommission

Zuständig für die Organisation war die *Independent Electoral Commission of Nigeria* (INEC). Sie besteht aus einem Vorsitzenden, Abel Goubadia, und 12 weiteren Kommissaren auf zentralstaatlicher Ebene sowie Filialen in den 36 Bundesstaaten. Der Vorsitzende ebenso wie die 12 Kommissare werden vom Präsidenten nach Konsultation des *Council of State* (= Präsident, Vizepräsident, alle ehemaligen Staatsoberhäupter, alle ehemaligen Obersten Richter, Präsident des Senats, Sprecher des Repräsentantenhauses, alle Gouverneure sowie der Generalstaatsanwalt) für eine Periode von 5 Jahren ernannt, müssen aber vom Senat bestätigt werden (Verfassung A 956, 154 (1)).

Der INEC-Leiter auf bundesstaatlicher Ebene, der sogenannte *Residential Electoral Commissioner* (REC), wird ebenfalls vom Präsidenten berufen, benötigt aber keine Bestätigung durch die Legislative (Verfassung A 1074, F 14). Er ist formal zudem nicht teil der INEC-Körperschaft. Der Vorsitzende der Kommission ebenso wie die RECs haben primär repräsentative und zeremonielle Funktionen. Die eigentlich verantwortliche und federführende Kraft ist der jeweilige *Administrative Secretary*, der ebenfalls vom Präsidenten ernannt wird

und als Stellvertreter des REC fungiert. Im Februar 2002 waren 34 der 37 RECs ausgetauscht worden, nach allgemeiner Einschätzung und nach Aussagen auch von INEC-Insidern um die PDP-Wahlaussichten durch die Positionierung von Partei-Gewährsleuten zu verbessern. In den letzten zwei Wochen vor den Wahlen begann ein großer Ringtausch von RECs und *Admin. Secs*, die von einem Staat in einen anderen versetzt wurden. Offiziell wurde dies damit begründet, dass so die Unabhängigkeit der Wahlfunktionäre gewährleistet sein sollte, etwa um zu vermeiden, dass einige von ihnen sich von möglichen zu engen Verhältnissen mit dem jeweiligen Gouverneur oder anderen politisch wichtigen Personen in ihrer Amtsführung beeinflussen ließen. Tatsächlich jedoch wird das INEC-Führungspersonal durch die rechtliche Möglichkeit, nach Gutdünken versetzt werden zu können, zu einem Spielball des Präsidenten. Ob sie mit politischen Aufträgen an ihre neuen Wirkungstätten geschickt wurden, kann auf der gegenwärtigen Informationsgrundlage nicht gesagt werden. In jedem Fall machte die Umschichtung der RECs und *Admin. Secs* administrativ keinen Sinn und war kontraproduktiv, da sie sich innerhalb kürzester Zeit in ihren neuen Staaten orientieren mussten. Das durch den späten Abschluss der Arbeit am Wählerregister bewirkte Chaos der Wahlvorbereitung (s.u.) wurde durch diesen Ringtausch noch verstärkt.

Insgesamt gab es 120.000 Wahllokale, für die ein sogenannter ad-hoc-Staff von rund 375.000 Wahllokalen benötigt wurde. Jedes Wahllokal war mit drei Personen zu besetzen. Dazu kamen sogenannte Supervisors, die bis zu 10 Wahllokale betreuten, sogenannte *Collation Officers*, die für die Addierung der Wahlergebnisse auf verschiedenen administrativen Ebenen zuständig waren und die Returning Officers, die auf der jeweils letzten Ebene die Ergebnisse der unteren Ebenen addierten und den Wahlsieger bekannt gaben. Das Personal wurde zwei Tage geschult, musste dann einen Test absolvieren und wurde danach ausgewählt. Da die Universitäten seit Januar streikten und in der Wahlperiode keine Schule stattfand, war in Form von Studenten und Lehrern, Dozenten, Professoren und anderen Beamten genügend Personal vorhanden. In Bauchi aber auch in einigen anderen Staaten überrnahmen traditionelle Autoritäten, sogenannte *District- und Village Heads*, die Teil des Emiratsystems sind, widerrechtlich führende Rollen bei der Auswahl des Personals für die Wahllokale, um den PDP-Sieg sicherzustellen. Oberhalb der Ebene des Wahllokals war das ad-hoc-Personal zumeist professioneller und stand nicht unter der Kontrolle von Parteigrößen oder traditionellen Autoritäten.

Das Wählerregister

Eines der größten Probleme für die sachgerechte Durchführung der Wahl war das Wählerregister, für das die Wahlkommission INEC zuständig war. Positiv muss die Entscheidung bewertet werden, ein computerisiertes dauerhaftes Register anzulegen (bisher waren jeweils nur Register für den jeweiligen Wahlzyklus erstellt worden). Der Prozess wurde jedoch bis zum September 2002 verzögert und schließlich vom 12.-21.9. durchgeführt. Nach

Beschwerden verschiedener Parteien und zivilgesellschaftlicher Organisationen, dass viele Wähler bei der September-Registrierung aufgrund verschiedener Faktoren (Knappheit an Materialien u.a.) nicht registriert worden seien, erfolgte eine weitere Registrierung im Januar 2003 (21.-23.1.). Das endgültige Wählerverzeichnis (*Final Voters Register / FVR*) wies 60,8mio Wähler auf, für ein Land mit rund 120 bis 125Mio. Einwohnern eine unrealistisch hohe Zahl². Es würde bedeuten, dass mindestens die Hälfte der Bevölkerung im wahlfähigen Alter (18) ist. Dies ist gerade in einem afrikanischen Land, wo üblicherweise rund 50% der Bevölkerung 15 Jahre und jünger sind, kaum denkbar. Selbst wenn die Alterspyramide außer Acht gelassen wird, würde die Zahl bedeuten, dass nahezu alle, die wahlfähig sind, sich auch als Wähler haben registrieren lassen. Eine solche Schlussfolgerung steht jedoch in klarem Widerspruch zu Erfahrungen in allen anderen afrikanischen Ländern, Berichten in Zeitungen, Einschätzungen von NGOs und Gesprächen mit Bürgern. Denen zufolge haben viele sich nicht registrieren lassen (können). Alles in allem muss die Zahl des FVR als eindeutig zu hoch gelten. Sie war vermutlich eines der Mittel, mit denen die PDP-Regierung zu ihren Gunsten den Wahlausgang beeinflusste.

Das Wahlgesetz 2002 verfügt, dass die Arbeit am endgültigen Wählerregister spätestens 60 Tage vor der Wahl abgeschlossen sein muss. Es wird jedoch nichts direkt darüber ausgesagt, ob das Wählerregister bis zu diesem Zeitpunkt veröffentlicht sein muss. Dies war die Schlussfolgerung mehrerer neuer Parteien, darunter federführend die NDP (*National Democratic Party*), die vor dem Supreme Court in Abuja gegen die Abhaltung der Wahlen zu den festgelegten Terminen klagte. Sie begründete ihre Klage v.a. mit der in ihren Augen von INEC nicht eingehaltenen Frist zur Veröffentlichung des Wählerregisters. INEC beharrte auf den festgelegten Wahlterminen, weil durch eine Verzögerung der Wahl die Amtszeit der Mandatsträger überschritten worden wäre und dies zu einem rechtlichen Vakuum mit nicht absehbaren Folgen geführt hätte. Die Klage wurde mit der Begründung abgewiesen, die schon im Vorjahr die Klage gegen die Verteilung der Wahl auf drei Termine hatte scheitern lassen, nämlich dass die Verfassung INEC mit Befugnissen ausstattet, mit der diese einzelne Regelungen des Wahlgesetzes aus übergeordneten administrativen Gründen außer Kraft setzen kann.

Dessen ungeachtet wurde die Arbeit am Wählerregister viel zu spät abgeschlossen. Dadurch war INEC nicht in der Lage, den vom Wahlgesetz vorgeschriebenen Zeitraum von 5 bis 14 Tagen zur Offenlegung des Registers im jeweiligen Wahllokal zwecks möglicher Einsprüche von Wählern einzuhalten und musste erneut auf ihre verfassungsrechtlich garantierten Sonderrechte zurückgreifen. Inoffiziell gab INEC zu verstehen, dass sie die Arbeit am Wählerregister gezielt spätest möglich haben abschließen wollen, um den Parteien Manipulationen daran zu erschweren. Es scheint jedoch nicht unwahrscheinlich, dass sie mit diesem Argument, lediglich ihre Unfähigkeit, den vorgeschriebenen Fahrplan einzuhalten, bemühten wollte. Auch der Druck der Wählerausweise, der auf der Grundlage des Registers

2 Erschwert werden Schätzungen über die Zahl der Bevölkerung im wahlfähigen Alter durch das Fehlen eines aktuellen Zensus.

erfolgte, konnte nur in einem Wettlauf mit der Zeit gerade zwischen zwei und drei Tagen vor der Wahl beendet werden. Daher konnten die Wählerausweise an den meisten Orten nicht mehr vor der Wahl an die Wähler ausgegeben werden. Der Versuch, dies am ersten Wahltag (12.4.) nachzuholen, endete häufig im Chaos. Obwohl im Wahlgesetz vorgesehen, wurden faktisch keine Vorkehrungen für den Transfer von Wählern getroffen, die seit der Registrierung ihren Wohnort gewechselt hatten.

Die Aussetzung der Local Government Wahlen und ihre Implikationen für die Wahlen

Das Fehlen eines Wählerregisters hatte im Vorjahr zur Aussetzung der LG-Wahlen geführt. Dies hatte zur Folge, dass Ende Mai 2002, nach Ablauf der Legislaturperiode für die LGAs, alle gewählten Vertreter von ihren Mandaten und Ämtern zurücktreten mussten. Die Gouverneure hatten das Recht, nun sogenannte Caretaker-Committees einzusetzen, die die LGAs kommissarisch verwalten. Wie der Wahlkampf 2003 zeigte, nutzten die Gouverneure diese Möglichkeit, um diese Positionen mit eigenen Gewährsleuten zu besetzen. Dort, wo die ANPP (*All Nigerian People's Party*) oder die AD den Gouverneur stellten, wurde dieser Vorteil in unterschiedlichem Maße dadurch kompensiert, dass die von der PDP geführte Zentralregierung ihrerseits wichtige Positionen mit eigenen Gefolgsleuten besetzt hatte (Polizei, INEC). In den von der PDP regierten Bundesstaaten ermöglichte die Besetzung der LGAs der PDP jedoch einen außerordentlichen Wettbewerbsvorteil in einer rechtlichen Grauzone.

Die Kandidatennominierungen für die Wahlen

In vielen Bundesstaaten war die Kür der Kandidaten für die verschiedenen Wahlen mehr eine Auswahl denn eine richtige Wahl. Vielfach waren dabei die Gouverneure federführend. In Bauchi (Nordosten) etwa ließ Gouverneur Mu'azu (PDP) die Delegierten für die Wahl der Senatorenkandidaten im Zaranda-Hotel für 48 Stunden incommunicado halten, so dass niemand außer dem Partei-Hauptquartier Zugang zu ihnen hatte. Gekürt wurden dann die von Mu'azu unterstützten Kandidaten, den Delegierten wurde ihr Votum gebührend versilbert, das Gros der Verlierer wanderte zur ANPP ab. Die Auswahl der Kandidaten kam, wie auch bereits in Kenia 2002, gerade in den Hochburgen der jeweiligen Parteien einem Freifahrtsschein ins Parlament gleich. Die Nominierungen waren daher oft stärker umkämpft als der eigentliche Wahlgang.

Wahlkampf

Standen 1999 nur drei Parteien zur Wahl, so waren es nun 30. 24 von ihnen waren erst nach erfolgreicher Klage vor dem Supreme Court (8.11.2002) von INEC kurz vor Jahresende zugelassen worden. So waren ihnen kaum Zeit und Möglichkeiten verblieben, Strukturen als nationale bzw. regionale Parteien aufzubauen. Ihr Einfluss auf die Wahlen war marginal. Für die meisten von ihnen dürfte die Teilnahme an diesen Wahlen allenfalls ein erster unsicherer Feldversuch im Hinblick auf die nächste Wahlrunde 2007 gewesen sein. Etwas mehr Zeit hatten drei Parteien, die INEC bereits im Juni 2002 zugelassen hatte. Zwei von ihnen, NDP und UNPP (*United Nigeria's People's Party*), konnten immerhin jeweils zwei Sitze in der Nationalversammlung für das House of Representatives gewinnen, was u.a. darauf hindeutet, dass die etwas längere Phase der Selbstorganisation ein gewisser Wettbewerbsvorteil gegenüber den anderen Kleinparteien war.

Themen, Ton und Art des Wahlkampfes bestimmten aber die etablierten drei Parteien, und hier v.a. PDP und ANPP.

Die PDP hatte als stärkste nationale und bundesstaatliche Partei einen klaren Startvorteil. Ohne eigentliche ideologische Basis oder Ausrichtung wird die Partei durch den Zugriff auf die Macht zusammengehalten. Sie ist ethnisch-regional wohl überlegt ausbalanciert. Präsident Olusegun Obasanjo als Yoruba und Christ aus dem Süd-Westen stand mit Abubakar Atiku als Vizepräsident ein Moslem aus dem Nordosten zur Seite. Die ANPP hatte mit Muhammadu Buhari, wie Obasanjo ein früherer Militärdiktator, einen Moslem aus dem Nordwesten als Präsidentschaftskandidat und mit Chuka Okadigbo, einen Igbo aus dem South-East als Kandidaten für die Vizepräsidentschaft. Anders als die PDP, die durch zahlreiche Gouverneure in den Staaten des Nordens und des Middle-Belts ein nationales Image seit den Wahlen 1999 hatte konservieren können, wurde die ANPP den Malus, eine reine Partei des Nordens und der Moslems zu sein, nicht los. Vermeintlich positive Äußerungen von Buhari vor seiner Kandidatur über die Einführung der Scharia in den Staaten des Nordens hatten diesen Eindruck verstärkt. Die ANPP als Partei nahm öffentlich keine Position zu Religionsfragen ein, doch werden die meisten Staaten, die seit 2001 das Sharia Strafrecht eingeführt haben, von ANPP-Gouverneuren regiert. Die AD (*Alliance for Democracy*) spielte nur eine untergeordnete Rolle im Süd-Westen.

Religion war überraschenderweise im Wahlkampf kein zentrales Thema. Gerade in den besonders umkämpften und im Hinblick auf die Religionszugehörigkeit relativ ausgeglichenen Staaten des Middle-Belt (Kaduna, Nassarawa, Taraba, Niger, Kogi, Kwara, Plateau und FCT-Abuja) wurde die religiöse Karte nicht gespielt, offensichtlich weil Wahlkämpfer auf beiden Seiten befürchteten, die jeweils andere Seite auszugrenzen und deren Wählerstimmen zu verlieren.

Im Wahlkampf versuchte sich die ANPP als Partei für mehr öffentliche Sicherheit und der Korruptionsbekämpfung zu profilieren. Dabei wurde v.a. Buharis diesbezügliche Bilanz als Präsident der Militärregierung (1983-85) und als Chef des *National Petroleum Fund* ins Feld geführt, wohlweislich aber seine nicht kurze Liste von Menschenrechtsverletzungen als

Militärherrscher verschwiegen. Die wurde um so genüsslicher von der PDP thematisiert. Deren Parteibüro etwa setzte einen Geldpreis aus für denjenigen, der ein Zitat von Buhari vor seiner Kandidatur zum Präsidentschaftskandidaten vorlegen könne, in dem er sich positiv über Demokratie als Herrschaftsform äußert. Buhari, so die Argumentation, würde die mühevollen demokratischen Errungenschaften der letzten vier Jahre wieder zurückdrehen. Demgegenüber lobte das Buhari-Team einen Geldpreis für denjenigen aus, der ein Versprechen Obasanjos von 1999 nennen könne, das dieser gehalten habe. Buhari sollte als Mann der Tat portraitiert werden, ganz im Gegensatz zum handlungsunfähigen Präsidenten.

Die Finanzierung des Wahlkampfes muss laut Wahlgesetz offengelegt werden. Dies erfolgte jedoch nicht. Bei sogenannten Dinner-Parties wurden Millionen Naira-Beträge (1 ₦ = 145 Naira) von Wirtschaftsmanagern und Politikern gespendet, darunter auch sehr hohe Beträge, die sich Gouverneure gegenseitig spendeten, offensichtlich Abzweigungen aus dem Etat ihrer Bundesstaaten. Daneben gibt es eine begrenzte staatliche Grundfinanzierung der Parteien, deren Auszahlung jedoch solange hinausgezögert wurde, dass sie für den Wahlkampf keine Rolle mehr spielte. Dadurch wurde erfolgreich die Konkurrenzfähigkeit der neuen Kleinstparteien zusätzlich behindert.

Die Amtsinhaber – Präsident und Gouverneure v.a. – hatten erhebliche Wettbewerbsvorteile gegenüber ihren Konkurrenten (siehe auch LGA-Caretaker Committees), die sie nutzten. Nicht nur hatten sie die staatliche Verwaltung ebenso wie die Polizei auf ihrer Seite, auch konnten sie recht ungehindert auf die öffentlichen Kassen zurückgreifen. So verteilte der PDP-Gouverneur in Bauchi, Adamu Mu'azu, zahlreiche Motorräder an Jugendliche und Autos an Village und Ward Heads, denen zugesagt wurde, dass sie die Kredite dafür würden nicht zurückzahlen müssen, wenn er wiedergewählt würde. Auf *Ward*- und *District Heads*, die unter dem jeweiligen Emir stehen, aber aus dem Haushalt des Bundesstaates bezahlt werden, wurde Druck ausgeübt, indem ihnen gedroht wurde, dass bei mangelnder Unterstützung (zumeist) der PDP-Kandidaten ihre meist nie offizielle Ernennung rückgängig gemacht würde.

Parteibindungen sind - wie in vielen anderen afrikanischen Ländern auch – relativ gering ausgeprägt. Nach den Nominierungswahlen der größeren Parteien suchten die Verlierer nicht selten Unterschlupf unter dem Dach anderer Parteien. PDP-Wahlverlierer traten häufig zur ANPP über, weil diese als einzige andere Partei von nationaler Statur am ehesten Aussichten auf den Wahlsieg verhielt. Verlierer der ANPP gingen zu den kleineren neuen Parteien, weil die PDP-Wahlen entweder bereits vorbei waren oder aber das Feld von Kandidaten mit guten politischen Verbindungen so groß war, dass sie sich keine realistischen Hoffnungen auf die Kandidatur machen konnten. So blieben nur die Kleinstparteien.

Medien – audiovisuelles Meinungsmonopol in staatlicher Hand

Während die Presselandschaft ein buntes pluralistisches Spektrum bietet, aber, wie in fast allen afrikanischen Ländern, selten über die Grenzen der Städte hinausreicht, ist der audiovisuelle Bereich, der die Hauptinformationsquelle der Bevölkerung bildet, fest in staatlicher Hand. Der nationalstaatliche Sender, NTA (National Television Authority), berichtete ungebremst ausführlich und positiv über die Regierung, die öffentlichen Sender der einzelnen Bundesstaaten – jeder Bundesstaat verfügt über einen eigenen TV- und einen eigenen Radio-Sender – erprobten sich als Hofberichterstatter der jeweiligen Gouverneure. NTA widmete dreimal so viel Zeit der Regierungspartei PDP wie den anderen Parteien. Auch in der Öffentlichkeit wurde die Schlagseite der Berichterstattung wahrgenommen und die staatlichen Sender nicht als seriöse Informationsquellen gesehen. Auf reges Interesse in den Staaten des Nordostens stießen die Sendefenster der Deutschen Welle, der *Voice of America* und der BBC, die auf den Frequenzen der Radiosender der Bundesstaaten jeweils dreimal eine halbe Stunde pro Tag auf Hausa sendeten. Die Privatsender, die einen weit geringeren Sendebereich hatten, öffneten sich stärker den Oppositionsparteien, allerdings vorwiegend in der Form, dass sie gegen entsprechende Gebühren deren Formate sendeten. Von kritisch begleitender Berichterstattung und Kommentierung konnte nicht die Rede sein.

Verlauf der Wahl

Wahltag – Checks and Balances in Theorie und Praxis

Offiziell sollten die Wahllokale an den Wahltagen von 8.00 bis 15.00 geöffnet sein und von einem geschulten Stab bestehend aus Wahlvorsitzenden und zwei Assistenten geführt werden. Theoretisch sollte kein Wahllokal mehr als rund 500 Wähler haben, so dass die Zeit ausreichen sollte. Tatsächlich hatten aber zwischen 5-10% der Wahllokale eine Wählerschaft von bis zu über 1.000 Wähler. Mit der Stimmauszählung sollte nach Schließung im jeweiligen Wahllokal begonnen werden. (Die direkte Auszählung vor Ort ist prinzipiell positiv zu bewerten, konnte bei den nigerianischen Wahlen die Fälschung von Wahlergebnissen und das illegale Füllen der Wahlurnen mit zusätzlichen Wahlscheinen jedoch nicht verhindern.) Die Ergebnisse wurden an die nächst höhere administrative Ebene weitergeleitet, also vom Wahllokal an den *Ward*, wo der *Collation Officer* die Ergebnisse mehrerer Wahllokale zusammenfasste, um diese dann an die Ebene der LGAs weiterzuvermelden. In den Fällen, wo ein Wahlkreis aus einem einzelnen LGA bestand (was bei den Wahlen zum *House of Reps* im nationalen Parlament und den Wahlen für die Bundesstaatenparlamente möglich war), erklärte hier der *Returning Officer* den Wahlsieger. Wenn mehrere LGAs einen Wahlkreis bildeten (wie bei den Wahlen für den Senat oder den meisten Sitzen für das *House of Reps*),

wurden die Ergebnisse auf die nächste Collation Ebene (2-3 LGAs) gebracht, wo der *Returning Officer* schließlich den Wahlsieger bekannt gab. Bei der Gouverneurswahl wurden alle Ergebnisse eines Bundesstaates an das jeweilige INEC-Hauptquartier weitergeleitet und der REC fungierte als *Returning Officer*. Im Falle der Präsidentschaftswahl übermittelte er das Ergebnis seines Bundesstaates an das nationale INEC-Hauptquartier in Abuja, wo der Leiter der Wahlkommission das Endergebnis bekannt geben würde.

Zur Transparenz des Wahlablaufs und der Auszählung sollte ein umfangreicher Maßnahmenkatalog beitragen, den man so oder in ähnlicher Form von anderen Wahlen in Afrika kennt:

- öffentliches Zeigen und Versiegelung der leeren Wahlurne
- Verwendung von unlöslicher Tinte, mit der der Daumen des Wählers markiert wird sowie Abstempeln des Wählerausweises, um eine Mehrfachwahl zu verhindern
- Anwesenheit von Parteivertretern und nationalen Wahlbeobachtern, die Stimmabgabe, die öffentliche Auszählung und *Collation* auf allen Ebenen verfolgen und – dies gilt nur für Parteivertreter – die offiziellen Ergebnisse gegenzeichnen und Kopien der *Result- und Collation-Sheets* erhalten
- Versiegelung des sensitiven Wahlmaterials in der Wahlurne vor dem Transport zu den *Collation-Center*

Soweit die Theorie. In der Praxis öffneten die Wahllokale aufgrund logistischen Missmanagements seitens INEC am ersten Wahntag durchschnittlich mit zweistündiger Verspätung, manchmal erst nachmittags und in einigen Fällen gar nicht – bei den nachfolgenden Wahlen zeigten sich hier signifikante Verbesserungen. Essentielles Wahlmaterial wie Siegel, Ergebnisformblätter, Stempel fehlte in 40% der von den EU-Beobachtern besuchten Wahllokale entweder ganz oder war wie z.B. Stimmzettel nicht ausreichend vorhanden. In der Hälfte der Polling Stations lässt sich von einer geheimen Stimmabgabe nicht sprechen, da keine Wahlkabinen aufgestellt waren – auch hier ließen sich gewisse Verbesserungen bei den Folgewahlen feststellen. Die Wahlvorstände waren chronisch unterbesetzt, oft inkompetent und zeigten sich vielfach überfordert. Hier wirkt sich auch die fehlende demokratische Tradition des Landes aus und die daraus resultierende nicht vorhandene institutionelle Kontinuität in der Organisation von Wahlen.

In zahlreichen Fällen wurden die Wahlvorstände von Parteibeobachtern (zumeist PDP) unterstützt, die das Abstempeln der Wählerausweise und die Tintenmarkierung der Daumen übernahmen (oder auch nicht...). In über einem Drittel der besuchten Wahllokale wurden die Daumenmarkierungen entweder nicht überprüft oder nicht aufgetragen, in knapp 10% verzichtete man auf Identitätskontrollen der Wähler mit der Folge, dass zahlreiche Fälle von *Mehrfach-, Kinder- und Stellvertreterwahl* beobachtet werden konnten. Darüber hinaus bildeten die Wählerregister eine Quelle der Verwirrung, da neben dem computererstellten

Register auch handgeschriebene Listen vom September 2002 Verwendung fanden und zudem die Namen von Wählern, die trotz Besitz eines Wählerausweises nicht verzeichnet waren, auf der Ausschlussliste (der sog. *Disclosure List*) gegengecheckt werden sollten. Die Wahlvorstände verzichteten vielerorts gerade bei der zweiten und dritten Wahl auf die Abzeichnung der Wähler in den Registern, so dass nach Schließung der Wahllokale ein kontrollierender Abgleich von Wählerzahl und benutzten Stimmzetteln unmöglich wurde. „*Checks and Balances*“ griffen auch deshalb vielfach nicht, da bis auf ANPP und PDP keine Partei eine ausreichende Anzahl von Partei-Vertretern (*Party Agents*) bereitstellen konnte und damit gerade in ländlichen Gebieten eine wichtige Kontrolle entfiel. Zudem waren Parteibeobachter meist zu wenig geschult, um ihr Mandat effektiv ausführen zu können, was sich u.a. darin zeigte, dass die Seriennummern der Stimmzettelblöcke nicht notiert sowie *Result- und Collation-Sheets* oft weder unterschrieben noch eingefordert wurden. Partei-Vertreter und nationale Wahlbeobachter verfolgten die Zusammenfassung der Ergebnisse während der ersten Wahl höchstens noch auf Ward-, nicht aber auf LGA-Level, so dass auch hier bestehende Kontrollmöglichkeiten nicht genutzt wurden. Verbesserungen ließen sich während der Präsidentschaftswahl feststellen, wo EU-Beobachter Partei-Vertreter in 90% und nationale Wahlbeobachter immerhin in knapp der Hälfte der besuchten *Collation-Center* antrafen. Statistisch waren die nationalen Wahlbeobachter in der Lage, etwa die Hälfte der Wahllokale zu erfassen. In Staaten des Nordostens jedoch, wie in Bauchi und Gombe, waren sie in lediglich 5% der Wahllokale präsent. Insgesamt konnten die nationalen Wahlbeobachter in deutlich geringerer Masse als etwa in Kenia, Uganda und Zimbabwe die ihnen zugedachte Kontrollfunktion übernehmen. In diesen Ländern waren die nationalen Wahlbeobachter in der Lage, in nahezu jedes Wahllokal zumindest einen Vertreter zu entsenden.

Massive Wahlmanipulation

Ähnlich wie 1999 ließen sich in einer Reihe von Staaten bei allen Wahlgängen massive Wahlmanipulation beobachten. Betroffen waren besonders die Staaten Cross River, Delta, Enugu, Kaduna, Imo und Rivers, in geringerem Umfang Anambra, Benue, Edo, Katsina und Nassarawa. In der Zusammenfassung ihres zweiten vorläufigen Statements vom 22.04.03 kam die EU EOM zu dem vernichtenden Urteil: “The Presidential and a number of Gubernatorial Elections were marred by serious irregularities and fraud – in a certain number of States, minimum standards for democratic elections were not met” (EOM-Nigeria 2003). Die Wahlfälschungen konnten entweder direkt beobachtet oder durch klare Indikatoren indirekt erschlossen werden. Einige Beispiele: In Rivers (Süd-Süden) sah das zuständige EU-Team, wie der Wahlvorstand eine größere Anzahl von vormarkierten Stimmzetteln in die unversiegelte Urne legte. In Bauchi (Nord-Osten) wurden einem der Verfasser komplette Stimmzettelblocks vorgelegt, auf denen durchgängig PDP gewählt worden war. In Enugu

(Süd-Osten) markierte man nur die Daumen von nicht-PDP Wählern und stempelte deren Wählerausweise ab. In Kaduna (Nord-Zentral) konnte einer der Verfasser 15 Stimmzettel identifizieren, die alle den selben markanten Daumenabdruck (natürlich für PDP) und aufeinanderfolgende Seriennummern aufwiesen. Hier war es auch in einigen Wahllokalen üblich, nach Schließung die verbliebenen Stimmzettel zwischen den Parteibeobachtern von PDP und ANPP aufzuteilen (die PDP erhielt die für die Gouverneurs-, die ANPP die für die Präsidentschaftswahl). In einer Reihe von Staaten wurden die nicht-abgeholt Wählerausweise am Wahltag unter den Anhängern der PDP verteilt (so z.B. in Kaduna). Ein durchgängiges Muster in den angesprochenen Staaten waren schließlich extrem hohe Wahlbeteiligungen. In Bauchi konnte einer der Verfasser beobachten, wie der *Collation Officer* ohne weiteres Nachfragen die Ergebnisse eines Wahllokals mit einer Wahlbeteiligung von 112% akzeptierte. Ähnliches wurde auch aus anderen Staaten berichtet. Selbst auf LGA-Level lagen Wahlbeteiligungen teilweise über 95%. Nun ist es sicherlich nicht ungewöhnlich, dass gerade in dörflichen Gemeinschaften der *Village Head* entscheidet, wer oder welche Partei gewählt wird, so dass hohe Stimmanteile zugunsten eines Kandidaten nicht unbedingt überraschend sind – doch, dass seit der Registrierung im September 2002 niemand verstorben oder umgezogen ist, und am Wahltag niemand krank ist und jeder zur Urne geht, erscheint doch eher unwahrscheinlich...

Ebenfalls wurden Wahlmanipulationen während der Auszählung und Ergebniszusammenfassung vorgenommen. In Enugu fälschten Returning Officer auf den Ergebnisbögen die Unterschriften von Parteibeobachtern, in Cross River wurden auf LGA-Ebene Ergebnisse verändert, in Kaduna wurden Stimmzettel verbrannt, um etwaige Spuren von Wahlfälschung zu vertuschen.

Ergebnisse – Erdrutschsieg für PDP

Nachfolgende Angaben beziehen sich auf die von INEC herausgegebenen Ergebnisse. Sie sind vorläufig, da eine große Anzahl von Petitionen bei den Wahl-Tribunalen eingereicht worden sind (incl. der Präsidentschaftswahl).

Präsidentschaftswahl: Es war von vornherein klar, dass nur zwei Kandidaten über eine reelle Chance verfügten, wobei der Kandidat von der ANPP, General Buhari, sich nur bedingt Hoffnungen auf den Wahlsieg ausrechnen konnte. Der Beschluss von AD keinen anderen Kandidaten aufzustellen, stattdessen Obasanjo zu unterstützen, trug zur Einseitigkeit der Wahl bei.

Die Prä sidentschaftswahl war gekennzeichnet durch massiven Wahlbetrug. So waren in den sechs Staaten des Sü d-Westens im Vergleich zur Gouverneurswahl ca. 1,4 Millionen Stimmen mehr bei der Prä sidentschaftswahl abgegeben worden und zwar ausschließ lich für Obasanjo. In den meisten Staaten des Sü d-Sü den und Sü d-Osten sowie in einer Reihe von nördlich-zentralen Staaten haben so gut wie keine Wahlen stattgefunden, trotzdem wurden Ergebnisse veröffentlicht. Der massive Wahlbetrug bei der Prä sidentschaftswahl ist vor allem dadurch zu erklären, dass die Regierungspartei PDP sicherstellen wollte, dass Prä sident Obasanjo die erforderlichen 25% in Zweidrittel aller Staaten bereits im ersten Wahlgang erhält.

Tabelle 1: Von INEC veröffentlichte Ergebnisse der Prä sidentschaftswahl 2003

Prä sidentschaftskandidat (Partei)	Anzahl der Stimmen	Stimmanteil in %
Olusegun Obasanjo (PDP)	24.456.140	61,94
Muhammadu Buhari (ANPP)	12.710.022	32,19
Ojukwu Chukwuemeka Odumegwu	1.297.455	3,29
andere	1.016.872	2,58
-----	-----	-----
gültige Stimmen insgesamt	39.480.489	
Abgegebene Stimmen insgesamt	Registrierte Wähler	Wahlbeteiligung
42.018.735	60.823.022	69,08

Quelle: www.ganji.com

Gouverneurswahlen: In allen Staaten des Sü d-Osten, Sü d-Sü den und einigen nördlich zentralen Staaten, im sogenannten *Middle Belts* (Benue, Nassarawa, Plateau, Kaduna), und des Nordens (Katsina, Adamawa, Gombe) sind die Ergebnisse der Gouverneurswahlen so massiv gefä lscht worden, dass die Wahlen keine Legitimation beanspruchen können. Es ist bisher eine Reihe von Petitionen gegen die Ergebnisse der Gouverneurswahlen eingereicht worden. Der Unterschied von 9.000 Stimmen zu Gunsten der Wiederwahl von PDP-Gouverneur Dariye in Plateau-State (*Middle Belt*) kam erst dadurch zustande, dass die Ergebnisse eines *Local Governments* einige Tage später veröffentlicht wurden und dann den Ausschlag gaben. Ähnliches passierte in Gombe, wo der amtierende Gouverneur, Hashidu, bis zum Eintreffen der Ergebnisse des letzten LGA führte. Deren Ergebnisse waren allem Anschein nach solange zurückgehalten worden, bis der Stimmenbedarf für die Umdrehung des Ergebnisses klar war. Dann wurde das Ergebnis der PDP um rund 50.000 Stimmen aufgestockt, so dass deren Kandidat, der ehemalige Minister (Energie & Stahl) Goje, mit rund 20.000 Stimmen Vorsprung die Wahl gewann. In anderen Bundesstaaten, wie in Benue,

wurde in großen Teilen gar nicht gewählt, trotzdem Ergebnisse veröffentlicht. Nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse kam es zu schweren Unruhen, in deren Folge der Gouverneurskandidat der ANPP von der Polizei festgesetzt wurde.

Der große Verlierer der Gouverneurswahl ist die AD, die 5 von 6 Gouverneursposten im Süd-Westen an die PDP verloren hat und nur Lagos halten konnte. Dafür gibt es verschiedene Erklärungen:

1. Die Gouverneure wiesen allesamt eine schlechte Leistungsbilanz ihrer vierjährigen Amtszeit auf.
2. Die für die Öffentlichkeit intransparente Übereinkunft zwischen AD und PDP, der zufolge die AD keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten präsentierte und stattdessen ihre Unterstützung für Obasanjos Kandidatur zusagte, muss auch Versprechen für Gegenleistungen der PDP beinhaltet haben. Nach den Reaktionen der abgewählten AD-Gouverneure war das aller Wahrscheinlichkeit nach die Absicherung ihrer Posten. Das verlieh ihnen eine selbsttrügerische Sicherheit, die sich u.a. auch darin zeigte, dass sie weitgehend auf Wahlkampf verzichteten. Letztlich ist die AD von der PDP politisch ausmanövriert worden.
3. Die AD galt lange Zeit als politischer Arm des gerontokratisch geprägten Yoruba-*thinktanks Afenifere*, der durch den Mord des vorherigen Justizminister Bola Ige entscheidend geschwächt worden war. Danach fehlte eine Leitfigur. Gerade die jüngeren Wähler lehnten sich gegen die Bevormundung durch die ältere Generation auf und wählten den Weg in den „*mainstream of Nigerian politics*“. Das führte auch dazu, dass die Yoruba das erste Mal nicht en bloc abgestimmt haben.
4. Die Entscheidung seitens AD, Obasanjo zu unterstützen erwies sich im Nachhinein als taktischer Fehler, da dem Wähler das Stimmensplitting bei der gleichzeitig abgehaltenen Gouverneurs- und Präsidentschaftswahl kaum zu vermitteln war.

Aufsehen erregte der politische Wechsel in Kano, da dem bisherigen PDP-Gouverneur Kwankwaso eigentlich eine gute Amtsführung bescheinigt wurde. Ausschlaggebend für seine Niederlage waren die heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der PDP bei den *Primaries*, die zu einer Fragmentierung der Partei führten. Nutznießer ist der Sharia-Hardliner Shekarau der ANPP.

Der Wechsel von Gouverneuren in den anderen Bundesstaaten (Bornu, Kogi, Kwara) ist hauptsächlich auf schlechte Amtsführung zurückzuführen und war teilweise erwartet worden.

Parlamentswahlen: Viele der Ergebnisse der Senatswahlen und der Wahlen zum Repräsentantenhaus werden angefochten. Wenn die Verhandlungen in den Election Tribunals rechtsstaatlich geführt werden und die Kläger sich in dem Dschungel von Paragraphendetails von kompetenten Anwälten vertreten lassen, kann es zu einigen von Veränderungen kommen. Es bleibt dennoch schwer vorstellbar, dass die Kraft des Faktischen, sprich die veröffentlichten Wahlergebnisse, nicht akzeptiert wird, zumal die Verhandlungen der *Tribunals* allenfalls in wenigen Fällen abgeschlossen sein werden, bevor die Beklagten ihre Mandate antreten. Darüber hinaus zeigen die Wahlen, dass einige der sogenannten kleinen Parteien durchaus eine Chance haben, sich zu etablieren: mit NDP, UNPP (je zwei Abgeordnete), APGA und PRP (je ein Abgeordneter) ziehen gleich vier neu gegründete Parteien in das *House of Representatives*. Da eine Reihe von ihnen ihre Wurzeln im Menschenrechtssektor, damit einen interessegebundenen, weltanschaulichen Hintergrund hat und nicht den politischen Ambitionen einzelner Kandidaten dient, tun sich hier möglicherweise neue Wege für die politische Willensbildung auf. Eine Chance, sich langfristig in der nigerianischen Parteienlandschaft zu etablieren, haben sie allerdings nur, wenn es ihnen gelingt, Koalitionen zu bilden und gemeinsame Kandidaten zu benennen. Andere kleine Parteien haben nur regionalen Charakter und dürften keine weitere politische Zukunft haben.

Die Wahl zu den Landesparlamenten war ebenso wie die anderen Wahlen gekennzeichnet durch verschiedenste Formen von Wahlmanipulation und Einschüchterungsversuchen. Auch diese Wahlergebnisse können teilweise – sofern sie denn publik gemacht worden sind – nur als vorläufig gelten, denn viele der Ergebnisse sind bereits oder werden vermutlich noch bei den Wahltribunalen angefochten.

Tabelle 2: Ergebnisse Gouverneurswahl 2003 im Vergleich zu 1999

Region/Staat	Gouverneure					
	PDP		APP / ANPP		AD	
	1999	2003	1999	2003	1999	2003
Süd-Westen						
Ekiti		A. Fayose			A.Adebayo	
Lagos					B. Tinubu	B. Tinubu
Ogun		O. Daniel			O. Osoba	
Ondo		S.Agaqu			A.Adefarati	
Osun		O.Oyinlola			B. Akande	
Oyo		R. Ladoja			L.Adesina	
Süd-Süden						
Akwa-Ibom	V. Attah	V. Attah				
Bayelsa	D.Alamieye-	D.Alamieye-				
Cross-River	D. Duke	D. Duke				
Delta	J.O. Ibori	J.O. Ibori				
Edo	L.Igbinedion	L.Igbinedion				
Rivers	P. Odili	P. Odili				
South-East						
Abia	O. Kalu	O. Kalu				
Anambra	Mbadinaju	C. Ngige				
Ebonyi	S. Egwu	S. Egwu				
Enugu	C. Nnamani	C. Nnamani				
Imo	A. Udenwa	A. Udenwa				
Nord-Westen						
Jigawa			S.I.Turaki	S.I.Turaki		
Kano	Kwankwaso		I	I.Shekarau		
Katsina	U.Yar' Adua	U.Yar' Adua				
Kebbi			A. Aliero	A. Aliero		
Sokoto			A.Bafarawa	A.Bafarawa		
Zamfara			A.Yerima	A.Yerima		
Nord-Zentral/ Middle Belt						
Benue	G.Akume	G.Akume				
Kaduna	M.Makarfi	M.Makarfi				
Kogi		I. Idris	A. Audu			
Kwara		B. Saraki	M. Lawal			
Nasarawa	A. Adamu	A. Adamu				
Niger	Kure	Kure				
Plateau	J. Dariye	J. Dariye				
Taraba	J. Nyame	J. Nyame				
Nord-Osten						
Adamawa	B. Haruna	B. Haruna				
Bauchi	A. Mu'azu	A. Mu'azu				
Borno	M.Kachala			A.M.Sheriff		
Gombe		D.Goje	A.Hashidu			
Yobe			B.Ibrahim	B.Ibrahim		

Quelle: www.ganji.com

Tabelle 3: Vorläufige Ergebnisse der Parlamentswahlen 2003 im Vergleich zu 1999

	Jahr	Sitzverteilung Parteien						
		AD	ANPP*	APGA	NDP	PDP	PRP	UNPP
Senat (105 von 109)	1999	20	24	-	-	65	-	-
	2003	5	28	-	-	72	-	-
House of Representatives (318 von 360)	1999	68	78	-	-	214	-	-
	2003	30	83	1	2	198	1	2
State House Assembly	1999							
	2003							

* 1999 APP

Quelle: www.ganji.com

Zusammenfassung und Ausblick

Die nigerianischen Wahlen im April/Mai 2003 verliefen in weiten Teilen des Landes nicht einmal im Ansatz nach demokratischen Spielregeln. Das betrifft im Prinzip alle Wahletappen, von der Wählerregistrierung, der Kandidatennominierung, der logistischen Vorbereitung bis hin zur eigentlichen Durchführung und Abhaltung der Wahl sowie deren Auszählung und Ergebnisverkündung. Von Bundesstaat zu Bundesstaat variierten lediglich die Intensität und die Mittel der Manipulation, manchmal reichte schon die Ergebnisfälschung eines Wards oder einer LGA aus, um das Wahlergebnis in einem Staat umzudrehen. Manipulation hat den Ausgang der Wahlgänge in mindestens der Hälfte der 36 Bundesstaaten und des FCT nachhaltig beeinflusst – alle sind ausschließlich von der Regierungspartei PDP dominiert. Es handelt sich dabei primär um die Staaten der regional-politischen Zonen Süd-Süden (Rivers, Delta, Bayelsa, Edo, Akwa Ibom, Cross River), und Süd-Osten (Enugu, Imo, Anambra, Abia und Ebonyi), eine Reihe von Staaten des *Middle Belt* (Benue, Nassarawa, Plateau, Kaduna, FCT) und des Nordens (Adamawa, Katsina). In einer Reihe von anderen Staaten war das Ausmaß der Manipulation geringer aber dennoch in jedem Fall wahlentscheidend. In einigen Staaten – so z.B. in Enugu und Rivers – wurde größtenteils gar nicht gewählt oder es ergaben sich wie in der regionalpolitischen Zone Süd-Westen unerklärlich große Diskrepanzen bei der Anzahl der abgegebenen Stimmen für Präsidentschafts- und Gouverneurswahl.

Auch die Wahlen 1999 waren schon im höchsten Maße manipuliert worden, dennoch hielt sich die Kritik zurück, weil vor allem die Gebergemeinschaft der Auffassung war, dass allein Obasanjo die Gewähr sei *„to keep the soldiers in the barracks“*. Die Wahlbeobachtungsmission der EU stellte damals in ihrem Statement Obasanjo einen Persilschein aus und sah geflissentlich darüber hinweg, wie das Ergebnis zustande gekommen und wer neben Obasanjo sonst noch in die Ämter gewählt worden war. Das Instrument Wahlbeobachtung war auf dem Altar der politischen Opportunität geopfert worden. Eine Rückschau auf die vergangene Amtsperiode Obasanjos zeigt allerdings die

Fragwürdigkeit dieser Entscheidung. Korruption, Misswirtschaft, teilweise bürgerkriegsähnliche Unruhen, die oft nur militärisch unterbunden werden konnten, paralyisierten das Land in den letzten vier Jahren ökonomisch wie politisch. Angekündigte Privatisierungen von Staatsbetrieben kamen wenn überhaupt nur sehr schleppend voran. Der Kampf gegen die Korruption scheint aufgegeben oder versandet im politischen Getriebe. Misstrauensanträge wurden gestellt, Politiker aus ihren Ämtern entlassen, auch Obasanjo blieb von einem Amtsenthebungs-Verfahren durch den Senat nicht verschont. Die Kritik in den eigenen Reihen an Obasanjo nahm stetig zu, nicht zuletzt wegen seiner indifferenten Haltung gegenüber der mit der Verfassung von 1999 nicht im Einklang stehenden Einführung der Scharia.

Die Wahlen 2003 standen unter einem ähnlichen Erfolgsdruck wie die 1999. Damals ging es darum, dass die Regierungsverantwortung endlich aus militärischen in zivile Hände übergeht, diesmal stand die Hoffnung auf eine erstmalig nachhaltige glückende demokratische Transition von einer zur anderen Zivilregierung im Vordergrund. Von daher hätte die EU-Wahlbeobachtung sich auch dieses Mal von diplomatischen Erwägungen leiten lassen und den Wahlen aus übergeordneten Stabilitätserswägungen eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausstellen können – sie tat es berechtigterweise nicht und verschaffte damit dem Instrument Wahlbeobachtung als Teil der EU-Demokratisierungshilfe in Nigeria neue und generell weitere Glaubwürdigkeit. In ihren drei *Preliminary Statements* benannte und verurteilte sie die beobachteten Wahlmanipulationen, zeigte sich auch im Vergleich mit den anderen internationalen Wahlbeobachtermissionen am klarsten und eindeutigsten und wurde von der internationalen und nationalen Presse bevorzugt zitiert. In Regierungskreisen führte das zu arger Verstimmung, die letztlich darin mündete, dass den Beobachtern in einem offiziellen Statement von INEC angedroht wurde, sie bei Fehlverhalten (nicht im Rahmen des ‚Code of Conduct‘) des Landes zu verweisen und sie deshalb unter besondere Beobachtung staatlicher Sicherheitsorgane zu stellen. Die heftige Reaktion des Staates auf den Bericht der EU EOM führte zu einer lebhaften Diskussion in den Medien, die überwiegend den EU Bericht unterstützten.

Positiv zu bewerten ist, dass kleinere Parteien einige Sitze im Repräsentantenhaus und in den Landesparlamenten gewinnen konnten. Da einige der Parteien aus dem Umkreis ‚human rights‘ und aus der Gewerkschaftsbewegung kommen, könnten sie – wenn sie eine gemeinsame Plattform finden – in den nächsten Wahlen 2007 eine größere Rolle spielen und die politische Konstellation aufgrund ihres interessen geleiteten Charakters partiell ändern. Die jetzigen großen Parteien sind eher Zweckbindnisse und dienen mehr dem Einzelnen und seinen politischen Ambitionen. Die Aufstellung der Kandidaten in den Parteien wird maßgeblich bestimmt über Geld und Selektion, nicht durch innerparteiliche Wahl.

Positive Tendenzen zeigt auch die nigerianische Zivilgesellschaft (NGOs und CBOs), die beachtliche Ansätze eines demokratischen Korrektivs der big-men-Politics entwickelt hat. Die Zusammenarbeit mit und die Einbeziehung von NGOs und CBOs muss entscheidend verstärkt werden. Zudem sollte eine vermehrte Kontrolle der eingesetzten Gelder

vorgenommen werden, auch wenn das zu Lasten der Projektgelder geht. Nur so lässt sich eine sinnvolle und auch gewollte Verwendung von Mitteln gewährleisten.

Die überfällige Reform der INEC-Strukturen allein wird kaum ausreichen, um zukünftig demokratisch akzeptable Wahlen abhalten zu können. Solange gewählte nigerianische Politiker das ihnen anvertraute Geld nach *ad hoc* Entscheidungen und eigenem Gutdünken ohne irgendwelche Formen parlamentarischer Kontrolle ausgeben und dabei sich und die eigene unmittelbare Klientel hemmungslos bedienen (können), wird INEC immer Teil eines manipulierten Wahlprozesses sein. Nigerianische Politiker verhalten sich wie Kaufleute: Der Einsatz ist hoch, aber überschaubar und lohnt nahezu jedes Mittel, denn die Rendite, die winkt, ist riesig.